

Tat'jana Vorožejkina

Naval'nyj, die Politik und die Moral

Das Putin-Regime und die Gesellschaft

Am Fall Naval'nyj entscheidet sich Russlands politische Zukunft. Das Putin-Regime hat den Staat als öffentliches Institutionengefüge zerstört und ihn zu eigenen Zwecken privatisiert. Es kontrolliert und sterilisiert den eigentlichen Raum der Politik und versucht durch immer schärfere Repressionen, den Bürgern und der Gesellschaft die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verwehren. Aleksej Naval'nyj ist der einzige Politiker, der trotz dieser Bedingungen in der Lage war, öffentlich zu handeln, Gegenmacht zu bilden, und der versucht hat, den politischen Raum für die Gesellschaft zurückzugewinnen. Seine Entscheidung, ungeachtet des Mordversuchs gegen ihn und der drohenden Inhaftierung nach Russland zurückzukehren, ist eine Handlung von enormer ethischer und politischer Bedeutung. Naval'nyj demonstriert Angstfreiheit in einer Zeit, in der das Regime darauf zielt, Protest zu brechen, die Gesellschaft einzuschüchtern und wieder Angst zu verbreiten.

Russland befindet sich in einer kritischen Phase seiner Geschichte. Die Frage lautet, ob diese Geschichte komplett von der Machtlogik des herrschenden Regimes bestimmt wird oder ob die Gesellschaft in der Lage sein wird, dieser Logik etwas entgegenzusetzen. Die Logik des Regimes bestand in den letzten zwanzig Jahren darin, systematisch noch den geringsten Ausdruck unabhängigen Handelns und gesellschaftlicher Selbstorganisation zu beschränken, zu unterdrücken und schließlich zu beseitigen. In dieser Zeit ist es dem Regime gelungen, die Medien nahezu vollständig unter seine Kontrolle zu bringen und die Tätigkeit der wichtigsten NGOs erheblich einzuschränken, indem diese zu „ausländischen Agenten“ erklärt wurden.¹

Dieser Prozess beschleunigte sich nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im Frühjahr 2014. Nach den sogenannten „Korrekturen“ der Russländischen Verfassung im Frühjahr 2020 nahm er eine geradezu groteske Form an. Diese Verfassungsänderungen und die darauf basierenden Gesetze, welche die Staatsduma im Herbst 2020 und Winter 2020/2021 verabschiedete, haben Russlands Bürgerinnen und Bürger de facto ihrer grundlegenden bürgerlichen Freiheiten und politischen

Tat'jana Vorožejkina (1953), Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Von Tat'jana Vorožejkina erschien in OSTEUROPA: Autokratie oder Perestrojka 2.0. Russlands Ausbruch aus der Pfadabhängigkeit, in: OE, 5/2019, S. 5–20. – Parasitärer Autoritarismus. Regime und Gesellschaft in Russland, in: OE, 8–9/2018, S. 3–24.

¹ Grigorij Ochotin: Agentenjagd. Die Kampagne gegen NGOs in Russland, in: OSTEUROPA, 1–2/2015, S. 83–94.

Rechte beraubt, so etwa des Rechts auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wahlen – egal auf welcher Ebene – sind zur bloßen Fiktion geworden. Oppositionelle werden nicht mehr als Kandidaten zugelassen, die Wahlergebnisse systematisch gefälscht, ob offen oder verdeckt.

Die sukzessive Aushöhlung der politischen und rechtlichen Institutionen unter Putin erleichterte es, die Machtlogik des Regimes zur alleinigen Grundlage der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft in Russland zu machen. Die Beseitigung einer unabhängigen Legislative und Judikative, freier politischer Parteien und freier Wahlen hat faktisch zur Demontage des Staates im üblichen Verständnis des Wortes als System von Institutionen der *res publica*, der *öffentlichen Sache*, geführt. Stattdessen hat sich ein System *privater* Macht ohne wirksame institutionelle Beschränkungen herausgebildet. Die einzige Beschränkung, die diese Macht kennt, ist sie selbst. Daher bedeutet die Annullierung der bisherigen Amtszeiten als Präsident de facto Putins Präsidentschaft auf Lebenszeit und die nahezu vollständige Verschmelzung von Macht und Eigentum in Russland. Eine kleine Gruppe von Putins Freunden und Vertrauten kontrolliert die politische Macht und damit auch die profitabelsten Bereiche der Wirtschaftstätigkeit. Das Ergebnis der Putinschen Herrschaft ist eine tiefgreifende institutionelle Degeneration und eine Abkehr von jeder politischen Modernisierung. Das Land befindet sich in einer Sackgasse, aus der das Regime seinem Wesen nach keinen Ausweg anbieten kann.

Dagegen haben sich in Russlands Gesellschaft in den letzten 15 bis 20 Jahren erhebliche Modernisierungsprozesse vollzogen. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind entstanden, Solidaritätsnetzwerke haben sich gebildet. Für immer mehr Menschen, vor allem in den Städten, ist es zunehmend normal, geteilte Interessen in die eigene Hand zu nehmen. Einige kämpfen gemeinsam gegen Korruption oder Behördenwillkür im Alltag. Andere kümmern sich um Umweltschutz und Stadtentwicklung, setzen sich gegen Planungen der Baubehörden und mit ihnen verbundene Bauunternehmen ein; andere engagieren sich für soziale Rechte und die Unterstützung bedürftiger Menschen und sozialer Gruppen wie Alte, Arme, Kinder, Kranke und Behinderte. Wieder andere widmen sich dem Kampf gegen Gewalt in der Familie. In vielen dieser Bereiche kompensieren Netzwerke die Defizite staatlicher Behörden, die ihren Aufgaben im Gesundheitswesen, in der sozialen Fürsorge oder im Bildungswesen nicht gerecht werden. Finanziert wird diese Wohltätigkeit durch Crowdfunding, wozu Menschen aus allen Einkommenschichten, von Rentnern bis zu Unternehmern, beitragen. Das ermöglicht eine effektive und prompte Hilfe.

In dem Maße, in dem das Regime die Repression gegen Aktivisten, unabhängige Kommunalpolitiker und Demonstranten verschärfte, wuchs die Solidarität mit den Opfern dieser Repression, den aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten. Seit 2011 ist ein Netz von Menschenrechtsorganisationen und mit ihnen verbundenen Medien entstanden – genannt seien nur *OVD-Info*, *Pravozaščita Otkrytki*, *Mediazona* sowie *Rus' sidjaščaja* –, deren ehrenamtliche Mitarbeiter den Opfern und ihren Angehörigen juristische, finanzielle und mediale Unterstützung leisten.² Eine beeindruckende Solidarität zeigte sich im Januar/Februar 2021, als über 11 000 Menschen bei den Protesten

² Siehe dazu die Beiträge der Gründerin von *Rus' sidjaščaja* und des Gründers von *OVD-Info*: Olga Romanova: „Auf Bajonetten kann man nicht sitzen“. Der Fall Naval'nyj und Russlands Strafvollzug, in: OSTEUROPA, 12/2020, S. 29–34. – Grigorij Ochotin: „Die Demonstranten sind keine Kinder!“ Russlands Unrechtsstaat und seine Gegner, in: ebd., S. 35–40.

im ganzen Land nach der Verhaftung von Aleksej Naval'nyj festgenommen wurden. Die Zahl der Freiwilligen, die sich um die Verhafteten kümmerten, ihnen Essen und Wasser brachten und anwaltliche Hilfe organisierten, nahm erheblich zu. Sie waren bereit, Zeit und Geld zu investieren und sich mit langem Atem zu engagieren. Das zeigt, dass in diesem gesellschaftlichen Bereich das Vertrauen untereinander gewachsen ist. All das deutet darauf hin, dass vor allem in Russlands Großstädten ein großer Modernisierungsschub stattfindet: die Trennung der Gesellschaft vom Staat. Die Zivilgesellschaft bildet sich in der Konfrontation mit dem privatisierten, korrupten, mafiosen „Staat“ heraus.³ Die Soziologin Ella Panejach drückt es so aus:

Wir haben es mit postmodernen Formen der Solidarität und des Vertrauens zu tun, wir sehen, dass verschiedene Menschen die Möglichkeit bekommen, zu interagieren und zu kooperieren, Menschen mit erheblicher sozialer Distanz, enormen Unterschieden in ihren Ansichten, Erfahrungen und ihrer Kultur [. . .]. So entsteht eine organische Solidarität unter Menschen, die ungeachtet ihrer Differenzen und ihrer sozialen Distanz sich selbst organisieren können und unterschiedliche Ressourcen und Kompetenzen in ihr gemeinsames Handeln einbringen können. Sie können sich punktuell austauschen, schnell zusammenschließen, um auf ein Problem oder eine Ungerechtigkeit zu reagieren, oder sie können zu einer Gemeinschaft werden.⁴

Ungeachtet des ständig wachsenden Drucks von Seiten des Regimes lebt und entwickelt sich Russlands Zivilgesellschaft. Die Formen der Solidarität werden vielfältiger und stabiler. Das schließt nicht aus, dass die Gesellschaft fragmentiert ist und Solidarität primär auf lokaler Ebene zum Ausdruck kommt. Diesen Nischen zivilen Engagements und Netzwerken der Solidarität steht die breite Bevölkerung gegenüber, die wirtschaftlich und sozial benachteiligt und nahezu vollständig vom Staat abhängig ist: vom Arbeitsplatz über die Löhne und Renten bis zu den Werten und dem Weltbild, das ihr das Staatsfernsehen aufdrängt.

Zum Teil verläuft die Wasserscheide zwischen den Einwohnern der Großstädte mit höherem Bildungs- und Einkommensniveau und den Menschen aus kleinen und mittleren Städten, vor allem aber ländlichen Gebieten, wo die entsprechenden sozioökonomischen Indikatoren schlechter sind. Aber auch diese Spaltung sollte nicht verabsolutiert werden. Gut verdienende Großstädter können ziemlich konformistisch sein, während Einwohner kleiner Städte und Dörfer sich oft aktiv an Bürgerinitiativen und Freiwilligenprojekten beteiligen. Die soziale Lage in Russland ist höchst komplex, in einigen Bereichen verändert sie sich schnell, während sie in anderen stagniert oder praktisch unverändert bleibt. Wer die Lage in die eine oder andere Richtung verallgemeinert, läuft Gefahr, entweder die Aussichten der Zivilgesellschaft und ihre wachsende Handlungsfähigkeit

³ Balint Mad'jar: Anatomija postkommunističeskogo mafioznogo gosudarstvo na primere Vengrii. Moskva 2016.

⁴ Ella Panejach: Rossijskoe obščestvo meždu postmodernom i arhaikoj, in: Nozovaja modernizacija: moguť li obščestvo i gosudarstvo dvigat'sja v raznyh napravlenijach. Sost. Kirill Rogov. InLiberty, 30.11.2018.

ungerechtfertigt optimistisch zu beurteilen oder umgekehrt, neue Stimmungen, Praktiken und Forderungen, die sich in Russlands Gesellschaft herausbilden, zu ignorieren oder ihnen keine Bedeutung beizumessen.⁵

Der Staat und die Gesellschaft, zumindest deren dynamischster Teil, bewegen sich in entgegengesetzte Richtungen. Seit den Massenprotesten vom Winter 2011/2012 versucht die Gesellschaft zum politischen Subjekt zu werden, indem sie für freie und faire Wahlen eintritt und damit das Prinzip der Repräsentation einfordert, sowie durch außerparlamentarische Proteste Druck auf das Regime ausübt. Dagegen versucht der Kreml, jedes unabhängige politische Handeln zu verhindern. Das Putin-Regime hat den politischen Raum seiner administrativen Kontrolle unterstellt und sterilisiert ihn vollständig. Er ist leer und bedeutungslos geworden, Politik im eigentlichen Sinne ist in Russland verschwunden. Die zuvor bereits höchst schwachen politischen Institutionen, in denen sich der oppositionelle Teil der Gesellschaft einbringen und Unzufriedenheit artikulieren konnte, sind inzwischen vollständig blockiert. Dass es in Russland keinen Raum für politisches Handeln mehr gibt, ist ein zentrales Problem für die Gesellschaft. Es schien, als könnte Aleksej Naval'nyjs Rückkehr nach Russland am 17. Januar 2021 dazu beitragen, politisches Handeln wieder auf die Tagesordnung zu setzen, das Potenzial in der Gesellschaft freizulegen, zu mobilisieren und in die politische Sphäre zu lenken. Seit den Demonstrationen gegen Korruption vom März 2017 war Naval'nyj der wichtigste, de facto sogar der einzige Oppositionspolitiker in Russland, der in der Lage war, Zehntausende Menschen auf die Straße zu bringen. Besonders deutlich wurde dies im Sommer 2019 bei den Massenprotesten in Moskau. Damals hatte Naval'nyj noch aus der Haft dazu aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um die Zulassung unabhängiger Kandidaten zu den Wahlen zu fordern. Daraufhin versammelten sich Zehntausende Menschen zu „un genehmigten“ Kundgebungen und Märschen. Als Naval'nyj vor den Wahlen zur Moskauer Stadtduma dazu aufrief, sich auf „kluges Wählen“ zu konzentrieren, ebten die Straßenproteste ab. Als russländische Geheimdienstler im August 2020 versuchten, Naval'nyj zu vergiften, stärkte das paradoxerweise seine Position als Oppositionsführer. Die Recherchen seiner Antikorruptions-Stiftung (Fond bor'by s korrupciej) zu dem Film *Ein Palast für Putin*, die Untersuchungen des britischen Recherchenetzwerks *Bellingcat* zu den Hintergründen des Giftanschlags, vor allem aber Naval'nyjs öffentlich dokumentiertes Telefonat mit einem Mitglied des Tötungskommandos stärkten seine Bedeutung in der Oppositionsbewegung, obwohl viele Beobachter ihm bereits den Weg ins politische Abseits prognostiziert hatten.

⁵ Letzteres scheint für den Soziologen Lev Gudkov zu gelten. Er konstatiert, dass „die Strategie der Mehrheit der Bevölkerung darin besteht, sich durch eine Senkung der Ansprüche und Erwartungen, die Beschränkung auf das eigene Überleben und einen prinzipienlosen Opportunismus anzupassen. In Russland ist eine Massengesellschaft entstanden, die sich von westlichen Demokratien unterscheidet. Diese Gesellschaft ist ihrer Sozialstruktur nach amorph, sie ist konsumorientiert und unpolitisch [. . .]. Sie fürchtet Neues, allerdings nicht im technischen, instrumentellen Sinne. Die Menschen [. . .] beherrschen die neuen Technologien und Medien, kennen Jugendslang und Modetrends sowie die Codes der Massenkultur. Aber ich sehe kein Anzeichen dafür, dass der politische Bereich wachsen würde, in dem sie als Bürger Verantwortung übernehmen, Teilhabe fordern und aktiv sein wollen.“ Lev Gudkov: *Kak my думаем*, in: *Liberal'naja missija*, 5.2.2021, <<https://liberal.ru/defense-of-democracy/kak-my-dumaem>>.

Naval'nyj kehrte nach Russland zurück, obwohl er hier mit einem chemischen Kampfstoff vergiftet worden war, was höchstwahrscheinlich Vladimir Putin persönlich gebilligt hatte, und ihn alte und neue Strafverfahren erwarteten. Naval'nyjs Rückkehr war ein politischer Akt, der angesichts der Realitäten in Russland und der Opposition höchst ungewöhnlich ist. Seine Entscheidung ist von enormer ethischer Bedeutung. Er versuchte damit, die politische Stagnation zu überwinden und die „Logik der Macht“ und die immer weiter fortschreitende Anpassung der Reste der demokratischen Opposition an das Regime zu durchbrechen. Indem er persönlich Putin als korrupten Führer eines mörderischen Regimes attackierte, ging Naval'nyj bewusst ein enormes Risiko ein. Angesichts der unmittelbaren Bedrohung für sein Leben opferte er nicht nur sich, sondern auch das Wohl seiner Familie. Damit nahm er vielen Kritikern aus der Opposition den Wind aus den Segeln. Denn so handelt kein Politiker, dessen einziges Ziel darin besteht, persönliche Macht zu erlangen. Das ist die Tat eines Mannes, der die Macht anstrebt, um das Land zum Guten zu verändern, wie er es versteht.

Zunächst schien es, als sei es Naval'nyj gelungen, eine politische Krise auszulösen. Seine skandalöse Verhaftung am Flughafen Šeremetevo, die Tausende Menschen live verfolgten; der Gerichtsbeschluss über seine Verhaftung, der auf einer „externen Sitzung“ in einer Polizeistation ausgestellt wurde; die Umwandlung der Bewährungsstrafe von 2014 in eine reguläre – all das nahm die Gesellschaft als Herausforderung wahr. Es kam zu Massenprotesten. Die Demonstrationen vom 23. Januar 2021 waren die größten seit Anfang der 1990er Jahre. Sie waren nicht auf Moskau, St. Petersburg und andere Großstädte beschränkt, sondern insgesamt fanden in 198 Städten und Ortschaften Demonstrationen statt, an denen zwischen 150 000 und 200 000 Menschen teilnahmen. Die meisten Demonstranten waren zwischen 30 und 35 Jahre alt, viele von ihnen nahmen zum ersten Mal an Protesten teil. Am 31. Januar und 2. Februar kam es erneut zu Protesten, wenn auch in kleinerem Rahmen.

Das Regime reagierte mit einer bis dahin nicht gesehenen Gewalt. Videoaufnahmen, die Angriffe der Polizei und der Nationalgarde auf Demonstranten und Passanten zeigen, Fotos, die Schläge und brutale Verhaftungen dokumentieren, Nachrichten über überfüllte Untersuchungsgefängnisse bestimmten wochenlang die sozialen Netzwerke und die Seiten der wenigen unabhängigen Medien.⁶ Allein in Moskau wurden über 5500 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten eingeleitet, fast eintausend Personen erhielten zwischen zehn und 30 Tagen Arrest, über eintausend Personen wurden mit einer Geldstrafe belegt.⁷

Im Zusammenhang mit den Protesten im Januar und Februar wurden 90 Strafverfahren eröffnet. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Gewalt gegen Beamte angewandt, Straßen und Bürgersteige blockiert, zu Massenunruhen aufgerufen, gegen epidemiologische Vorschriften und Hygieneauflagen verstoßen und Minderjährige zu illegalen Aktivitäten angestiftet zu haben. Dazu kamen etliche weitere falsche und erfundene

⁶ OVD-Info registrierte mindestens 140 Fälle von Gewalt gegen Demonstranten. Viele der Festgenommenen wurden misshandelt. In Moskau und anderen Großstädten nutzten die Polizei und der Geheimdienst FSB die Daten von Videokameras und Gesichtserkennungssystemen, um Demonstranten zu identifizieren. „Dvorcovoje delo“: kto eti ljudi i za čto ich sudjat. Gid OVD-Info, <<https://ovdinfo.org/navalny-protests>>.

⁷ Presečenije mirnych protestov Janvarja-Fevralja 2021 goda v Rossii. Doklad OVD-Info, <https://ovdinfo.org/reports/winter-2021-supression?fbclid=IwAR2XzjzWkFNDvAosr01pJfqnrvev5yAflspja__M0-RsEm3CEG9wasmcVbY#1>.

Anschuldigungen. Die Proteste waren ausschließlich friedlich verlaufen. Zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei war es nur gekommen, als die Polizei Demonstranten angriff, sie grob festnahm und schlug.

Die Proteste wurden demonstrativ massiv und brutal niedergeschlagen. Das erinnerte an die Bilder der Gewalt und der Verhaftungen aus Belarus vom Sommer 2020. Viele Festgenommene, die „administrative“ Arrest- und Geldstrafen erhielten, wurden von der Polizei gezwungen, vor laufender Kamera zu gestehen und Reue zu zeigen. Diese Praxis war bislang nur aus Kadyrovs Tschetschenien bekannt. Gerichte stempelten gefälschte Polizeiberichte ab und machten sich so endgültig zu einem Teil der Strafmaschinerie.⁸

Mehrere Angeklagte sind bereits zu Haftstrafen zwischen einem und dreieinhalb Jahren in Strafkolonien verurteilt worden. Prominente Mitstreiter von Aleksej Naval'nyj, darunter sein Bruder Oleg, die Pressesprecherin Kira Jarmyš und die Anwältin der Antikorruptions-Stiftung, Ljubov' Sobol', stehen unter dem absurden Vorwurf der „Verletzung von Hygieneregeln und epidemiologischen Auflagen während der Proteste am 23. Januar“ unter Hausarrest.⁹

Die massive Verschärfung des repressiven Charakters des Putin-Regimes setzt den Trend fort, der bereits im Frühjahr 2020 zu beobachten war, als die Verfassung geändert und jene Gesetze verabschiedet wurden, mit denen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger beschränkt wurden. Nachdem sich der „Krim-Konsens“ von 2014/2015 zwischen der Putin-Führung und der Gesellschaft erschöpft hatte, verlor das Regime zunehmend die Fähigkeit, gesellschaftliche Gruppen zu kooptieren und insbesondere junge, gut ausgebildete Großstädter zu kontrollieren. Doch auch in anderen Teilen der Bevölkerung hat die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu einer wachsenden Unzufriedenheit geführt. Verantwortlich dafür ist der seit 2014 anhaltende Rückgang der Realeinkommen bei gleichzeitigem Preisanstieg. Dieser Trend wurde durch die Corona-Pandemie nochmals verschärft. In dieser Situation ist Repression das wichtigste, wenn nicht sogar das einzige Mittel des Staates, um mit der Gesellschaft zu kommunizieren.

Nach Naval'nyjs Verhaftung begann das Regime, führende Mitglieder seiner Regionalstäbe festzunehmen, sie mit Geldstrafen zu belegen und unter Hausarrest zu stellen.¹⁰ Viele unabhängige Politiker und Aktivisten, die ihre Absicht erklärt hatten, im September 2021 für die Staatsduma kandidieren zu wollen, werden systematisch strafrechtlich verfolgt, um sie an dieser Kandidatur zu hindern. Am 26. und 27. April 2021 suspendierte ein Moskauer Stadtgericht die Aktivitäten aller Organisationen, die Aleksej Naval'nyj gegründet hatte, also die Tätigkeit der *Stiftung gegen Korruption*, die bereits 2019 vom Justizministerium als „ausländischer Agent“ eingestuft worden war, der

⁸ Dass die Richterin des Bezirksgerichts von Voronež, Lilija Vinokurova, elf Teilnehmer der Kundgebung aus Mangel an Beweisen freisprach, gilt als außergewöhnlich, als Ausnahme von der Regel.

⁹ Besonders empörend ist der Vorwurf angesichts der offiziellen Feier zum 7. Jahrestag der Angliederung der Krim an Russland, als mehrere zehntausend Menschen Putins Rede im Lužniki-Stadion anhörten, ohne sich an irgendwelche epidemiologischen Regeln zu halten.

¹⁰ Nachdem sich die Behörden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 wiederholt geweigert hatten, Naval'nyjs politische Partei zu registrieren, gründete er mit Unterstützern ein Netz von Regionalstäben, das in 69 Städten vertreten war.

Stiftung zum Schutz der Bürgerrechte (Fond zaščity prav graždan) und Naval'nyjs Regionalstäbe, die auf Betreiben der Staatsanwaltschaft gerichtlich zu „extremistischen Organisationen“ erklärt werden sollen. Nur wenige bezweifeln, dass das Gericht diesem Antrag folgen wird. Das bedeutet nicht nur das Verbot aller von Aleksej Naval'nyj gegründeten Organisationen, sondern es eröffnet auch unendliche Möglichkeiten, alle Mitarbeiter und Unterstützer sowie die Zehn-, ja Hunderttausenden Menschen, die eine dieser Organisationen finanziell oder ideell unterstützt haben, indem sie deren Aufrufe und Material über soziale Medien verbreitet haben, mit Ordnungswidrigkeitsverfahren oder Strafverfahren zu überziehen.

Vor dem Hintergrund der Gesetzesänderung, wonach nun auch natürliche Personen zu „ausländischen Agenten“ erklärt werden können, und der Novelle des Bildungsgesetzes vom 5. April 2021, das die staatliche Kontrolle über jede „Bildungsaktivität“ vorsieht,¹¹ bedeutet die Zerschlagung von Naval'nyjs organisatorischen Strukturen nichts anderes, als dass Russlands Behörden jeder unabhängigen zivilgesellschaftlichen Vereinigung, ihren Mitgliedern, oppositionellen Politikern und deren Anhängern den Krieg erklären. In dieser Konfrontation spielt Aleksej Naval'nyj nach wie vor die zentrale Rolle. Obwohl er seit über drei Monaten inhaftiert ist, bestimmt er weiterhin die politische Tagesordnung. Als er am 31. März 2021 in einen Hungerstreik trat, um seine Forderung nach medizinischer Betreuung durch einen Arzt seines Vertrauens durchzusetzen, verwandelte Naval'nyj eine politische Konfrontation in eine existenzielle mit dem Regime und Putin persönlich. Diese Situation nahmen viele Gegner Putins, die gleichzeitig jedoch Naval'nyj nicht oder nur bedingt unterstützten, als eine Entscheidung zwischen schwarz und weiß, Gut und Böse wahr.¹² 24 Tage hielt Naval'nyj den Hungerstreik durch. Er brach ihn ab, nachdem er zumindest partiell seine Forderungen durchsetzen konnte.

Indem er die Konfrontation mit Putin auf die existenzielle Ebene hob und sein eigenes Leben als Preis einsetzte, hat Naval'nyj de facto jede Kritik an seiner politischen Strategie unmöglich gemacht. Wie soll man in dieser Situation mit Naval'nyjs Vergangenheit umgehen? Mit seiner aktiven Mitwirkung an den „russischen Märschen“ in den 2000er Jahren, seinen fremdenfeindlichen Äußerungen über Migranten, seiner Beleidigung Georgiens während des Krieges 2008 und seinem Aufruf, „nach Tiflis zu gehen“? Wie geht man damit um in der jetzigen *politischen* Situation, in der Naval'nyj nicht nur der alleinige Führer der Opposition geworden ist, sondern auch die einzige Person, die Leute dazu bringen kann, auf die Straße zu gehen? Sollen wir all das dem Vergessen anheimgeben und uns und alle anderen davon überzeugen, dass er aus dieser Phase „herausgewachsen“ ist, sich „weiterentwickelt“ und seine Position verändert hat, wie es die meisten seiner Anhänger im liberalen Lager tun? Naval'nyj ist einen Schritt gegangen, den man ohne Übertreibung als Selbstaufopferung bezeichnen kann, da er nun unter Lebensgefahr im Gefängnis sitzt – damit wird jede Kritik an ihm zu einem *ethischen* Problem.

¹¹ Federal'nyj zakon ot 5.4.2021 No.85-FZ „O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon „Ob obrazovanii v Rossjskoj Federacii“.

¹² Leonid Volkov, der Leiter von Naval'nyjs Regionalstäben, rief die Menschen zu Demonstrationen am 21. April auf: „Unsere Konfrontation mit Putin ist keine ideologische. Es ist vielmehr die Entscheidungsschlacht zwischen dem Guten und dem absolut Bösen.“ <www.youtube.com/watch?v=6wUaV3sksjk>.

Grigorij Javlinskij, Vorsitzender der Partei *Jabloko*, hat den Versuch einer solchen Kritik unternommen. Anfang Februar wandte er sich in einem großen Artikel gegen Naval'nyjs Strategie und die Massenproteste auf der Straße, gegen die die Polizei mit Schlagstöcken und Mannschaftswagen vorgeht. Javlinskij setzte Naval'nyjs Antikorruptions-Recherchen mit dem Schüren von „Klassenpopulismus“ und „primitivem Sozialneid“ gleich. Er beschuldigte Naval'nyj und seine Unterstützer, ihnen sei das „zerstörte Leben“ jener Bürger gleichgültig, „die ihren Appellen zu ungenehmigten Kundgebungen folgen und dann hinter Gittern landen“. Ein demokratisches Russland, die Achtung des Individuums, Freiheit, ein Leben ohne Angst und ohne Repressionen, dies alles, so erklärte Javlinskij kategorisch, sei mit Naval'nyjs Politik unvereinbar. Es handle sich um zwei grundlegend verschiedene Entwicklungsrichtungen.¹³

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Kritik war bezeichnend. Sie wurde als absolut unangebracht und unmoralisch gegenüber einem Mann empfunden, der im Gefängnis sitzt und deshalb nicht darauf reagieren kann. Ihr Autor, so der Tenor, stelle sich damit zwangsläufig auf die Seite des Regimes, für das Naval'nyj der Hauptgegner sei. Wer die Straßenproteste als sinnlos und gefährlich für die Teilnehmer zu diskreditiere, lasse völlig außer Acht, dass es dazu keine Alternative mehr gebe: Die öffentliche Unzufriedenheit wächst, aber es gibt keinen Ausweg. Die Untätigkeit und die Unfähigkeit zu handeln erzeugten eine viel größere Frustration und Hilflosigkeit bei den Menschen als Polizeiknüppel, Schläge und Verhaftungen. Indem Javlinskij Naval'nyjs rechte Hand Leonid Volkov beschuldige, das Volk den Schlagstöcken auszuliefern, spreche er den Teilnehmern der Demonstrationen ab, Subjekt ihrer Entscheidung zu sein. Diese Menschen entschieden selbst, ob sie auf die Straße gingen. Sie seien nur sich und ihrem Gewissen verantwortlich. Tatsächlich ist dieses Moment außerordentlich bedeutsam: Die Überwindung der Angst trägt dazu bei, die politische Situation auf eine ethische Basis zu stellen. Dafür steht Aleksej Naval'nyjs wichtigste Botschaft: „Ich habe kein Angst. Habt auch ihr keine!“

Bei aller Zwiespältigkeit von Naval'nyjs politischer Vergangenheit ist er heute die Schlüsselfigur der Opposition, und ihn in der gegenwärtigen Situation auf Nationalismus und Populismus zu reduzieren, wäre ein Fehler.

Was kann die Gesellschaft tun, der das Regime faktisch den Krieg erklärt hat? Mit jedem Tag und jedem Monat, der vergeht, werden Unterdrückung, Verbote und Willkür grundlegender und umfassender. Am 13. März 2021 löste die Polizei ein Forum kommunaler Abgeordneter in Moskau auf und nahm alle 200 Teilnehmer unter dem Vorwurf der „Zusammenarbeit mit einer unerwünschten Organisation“ fest. Am 14. April 2021 wurden die Redakteure der Studentenzeitschrift *Doxa* verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, Minderjährige zu Protesten verleitet zu haben, weil sie sich in einem Video mit Studenten und Schülern solidarisiert hatten, die nach den Januar-Demonstrationen unter Druck gesetzt worden waren. Am 1. Juni 2021 tritt die erwähnte Änderung des Bildungsgesetzes in Kraft, die de facto jede unabhängige Bildungsarbeit in Russland verbietet. Das Regime demonstriert seine Entschlossenheit, Repressionen gegen die wachsende Zahl zivilgesellschaftlicher Gruppen anzuwenden, die in den letzten Jahrzehnten in Russland entstanden sind.

¹³ Grigorij Javlinskij. Bez putinizma i populizma. O smyslach tekuščeje politiki. 6.2.2021, <www.yavlinsky.ru/article/bez-putinizma-i-populizma/>.

Wie kann unter diesen Bedingungen die Strategie der Opposition aussehen? *Jabloko*, als einzige zugelassene Oppositionspartei, ruft dazu auf, die Straßenproteste zu beenden und alle Energien auf die Dumawahl im September 2021 zu konzentrieren. Die Strategie des Naval'nyj-Teams vor dem Verbot war „kluges Wählen“ (umnoe golosovanie). Dahinter verbirgt sich der Aufruf, für jeden beliebigen Kandidaten zu stimmen, der die Chance hat, den Kandidaten der Partei der Macht *Edinaja Rossija* zu besiegen. Beide Strategien haben Mängel. Mit der Kritik an den Straßenprotesten und dem inhaftierten Aleksej Naval'nyj riskiert *Jabloko*, auch noch die letzten Stimmen zu verlieren.¹⁴ Das „kluge Wählen“ ignoriert die offensichtliche Tatsache, dass alle Parteien der sogenannten Systemopposition – die *Kommunistische Partei*, die *Liberaldemokratische Partei Russlands* und das *Gerechte Russland* – seit langem integraler Teil des Putin-Systems sind. Der Aufruf, für einen Kandidaten dieser Parteien zu stimmen, ignoriert den Stalinismus der Kommunisten, den radikalen Nationalismus der Žirinovskij-Truppe und die imperialistische Gesinnung des neuen *Gerechten Russland*.¹⁵ Wer das fordert, schürt die Illusion einer oppositionellen Stimmabgabe. Ein ernsthaftes ethisches und politisches Problem des „klugen Wählens“ besteht darin, dass es das eigentliche Prinzip der demokratischen Repräsentation entwertet, das normalerweise darin besteht, dass jedes Individuum in einer Gesellschaft seinen Repräsentanten wählt und für diese Entscheidung selbst verantwortlich ist. Wenn ein Wähler für eine Person stimmt, die ihm nach der Logik des „klugen Wählens“ von anderen im letzten Moment angezeigt wird, dann ist er für seine Wahl nicht mehr verantwortlich. Auch der Kandidat, der vom „klugen Wählen“ profitiert, ist diesen Wählern gegenüber nicht verantwortlich. Russlands Wähler haben in den vergangenen dreißig Jahren nicht gelernt, für ihre politischen Entscheidungen Verantwortung zu tragen. Eine Strategie, die diese Tradition für einen illusorischen, kurzfristigen Gewinn auszunutzen versucht, ist kurzsichtig.

Damit bleibt nur die Strategie des Straßenprotests. Am 23. März 2021 riefen Naval'nyjs Unterstützer dazu auf, sich auf der Website „Free Navalny“ zu registrieren, wo sie auf einer Karte Russlands eine Stadt, eine Straße und ein Haus auswählen konnten, damit die Leute sehen konnten, dass es viele von ihnen gibt. Sobald sich 500 000 Protestwillige angemeldet haben würden, wollten die Organisatoren den Termin für neue Massenproteste bekannt geben. Dies musste jedoch früher geschehen, weil Aleksej Naval'nyjs Gesundheitszustand so kritisch geworden war. Am 21. April 2021 gingen erneut Zehntausende, vielleicht mehr als einhunderttausend Menschen in Russland auf die Straße und forderten, dass Naval'nyj Zugang zu von der Gefängnisverwaltung unabhängigen Ärzten erhält. Die größten Demonstrationen fanden in den Großstädten statt, allen voran in Moskau. Obwohl die Teilnehmer nach den Januarerfahrungen mit der gewaltsamen Niederschlagung gerechnet hatten, verzichteten die Behörden in den meisten Städten auf Gewalt. Weniger als zweitausend Menschen wurden an diesem Tag festgenommen, fast die Hälfte davon in St. Petersburg, wo die Polizei Gewalt und Elektroschocker einsetzte, den Festgenommenen Anwälte verweigerte und sie zwang, ihre Fingerabdrücke abzugeben.

¹⁴ Bei den Parlamentswahlen 2016 erhielt *Jabloko* knapp über eine Million Stimmen bzw. zwei Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gewann Grigorij Javlinskij ein Prozent bzw. 770 000 Stimmen.

¹⁵ Im Februar 2021 vereinigte sich *Spravedlivaja Rossija* mit den nationalistischen Parteien *Za pravdu!* des Schriftstellers Zachar Prilepin und den *Patrioty Rossii* unter Gennadij Semigin. Zu Prilepin: Olga Radetzkaja: Supernacbol. Die politischen Facetten des Autors Zachar Prilepin, in: OSTEUROPA, 5–6/2013, S. 301–314.

Diese Proteste waren kein Sieg der Zivilgesellschaft, auch wenn Naval'nyj sie so sah und seinen Hungerstreik abbrach. Aber eine Niederlage waren sie auch nicht, auch wenn deutlich weniger Menschen kamen, als sich zuvor auf der Website „Free Navalny“ angemeldet hatten. Es zeigte sich, dass die Zahl der Demonstranten nicht wächst und die Registrierung viel langsamer verlief, als es die Organisatoren erwartet hatten. Dennoch schien es zunächst, als hätte das Regime einen Rückzieher gemacht, als habe die Einschüchterung der Opposition nicht funktioniert und als habe sich vorübergehend ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte ergeben. Nach ein paar Tagen begannen jedoch die Verhaftungen. Verhaftet wurden jene Demonstranten, die in den sozialen Medien dazu aufgerufen hatten, auf die Straße zu gehen, und jene, die auf die Straße gegangen waren. Sie wurden durch Überwachungskameras und Gesichtserkennungssoftware identifiziert. Gegen mehr als 120 Demonstranten wurden Bußgelder und Arreststrafen von zehn bis 30 Tagen verhängt, und dabei wird es vermutlich nicht bleiben. Das Regime hat seine Taktik geändert: Statt Massenverhaftungen auf der Straße vorzunehmen, kommt die Polizei nun am frühen Morgen zu den Leuten nach Hause und nimmt sie mit aufs Revier. Dort erstellt sie ein Strafprotokoll, das das Gericht absegnet. Die Einschüchterung erfolgt individualisiert, aber sie richtet sich gegen alle: Unter den Verurteilten und Inhaftierten sind Politiker, Menschenrechtler, politische Aktivisten, Lehrer, Universitätsprofessoren, Ärzte, Prominente und ganz gewöhnliche Menschen. Das Ziel ist Abschreckung: Jeder soll wieder Angst vor der „Türklingel“ haben. In einem Land, in dem die Erinnerung an die Massenrepressionen der 1930er Jahre höchst lebendig ist, erweist sich das als besonders effektiv.

Das ist das Zwischenergebnis der politischen Krise in Russland von Januar bis April 2021. Diese Krise lässt sich von zwei Positionen aus beurteilen. Die erste lautet, die Proteste seien statistisch irrelevant. Die überwiegende Mehrheit der russländischen Gesellschaft bleibe gleichgültig und sei daran gewöhnt, sich jeder Wendung des Regimes anzupassen. Selbstverantwortliches Handeln ist demnach unmöglich. Vertreter der zweiten Position sind weiterhin auf der Suche nach Möglichkeiten politischen Handelns und des zivilen Widerstands gegen Gewalt, Repression und Willkür, nach einer demokratischen und sozialen Bewegung, die nur durch Handeln entstehen und sich entwickeln kann, selbst in der aussichtslosesten Situation. Wie Václav Havel es formuliert hat:

Für Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenrechte, für all ihre Erfolge muss die Gesellschaft immer bezahlen. Zumindest sollte sie dazu bereit sein. Man bekommt nichts geschenkt. Manchmal sind um der Sache willen große Anstrengungen und Opfer nötig, unabhängig davon, ob sie einen Nutzen bringen.¹⁶

Manuskript abgeschlossen am 27.4.2021

Aus dem Russischen von Manfred Sapper, Berlin

Schlagwörter:

Russland, Navalny, autoritäres Regime, Autokratie, Zivilgesellschaft, Rechtsstaat

¹⁶ Václav Havel: Vystuplenie v 1999 godu v Varšave v svjazi s tem, što „Gazeta Vjborča“ ob”javila ego „čelovekom desjatiletija“. Obščaja gazeta, 27.5.–2.6.1999.